



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Förderungen aus der bayerisch-israelischen Bildungskooperation auch den Studierenden direkt zukommen lassen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Studierenden, die am „New Kibbutz“-Programm teilnehmen, eine direkte Förderung zukommen zu lassen. Diese Förderung soll die Vermittlungsgebühr in Höhe von 500 Euro und nach entsprechender Förderzusage eine monatliche finanzielle Zuwendung beinhalten.

#### **Begründung:**

Das 2015 ins Leben gerufene Programm „New Kibbutz“ bietet Studierenden ein dreimonatiges Praktikum bei einem israelischen High-Tech-Unternehmen. Gegründet wurde das Projekt von der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer und dem Generalkonsulat des Staates Israel in Süddeutschland mit Unterstützung der Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Durch dieses Programm wird nicht nur wissenschaftlicher Austausch ermöglicht, sondern auch den bayerischen Studierenden die israelische Unternehmenskultur nahegebracht. Während die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Sachsen den Studierenden direkte Förderungen zukommen lassen, gibt es im Freistaat bisher keine einheitliche Förderungsregelung.

Die Staatsregierung muss die Rahmenbedingungen für die Studierenden so setzen, dass diese auch daran teilnehmen können, wenn sie die Teilnahme am „New Kibbutz“-Programm nicht vollständig aus der eigenen Tasche zahlen können. Ein mögliches Modell zeigt das Beispiel Baden-Württemberg: Hier wird die Vermittlungsgebühr übernommen und die Studierenden werden zusätzlich mit 750 Euro pro Monat gefördert.